

Koalition scheitert bei Kinderschutz

Von der Leyen wirft
SPD-Spitze Blockade vor

Die von der Großen Koalition geplante Verschärfung des Kinderschutzes ist gescheitert: Die Familienpolitiker von Union und SPD konnten sich gestern nicht auf einen Kompromiss einigen. „Die Blockadehaltung der SPD-Spitze hat schließlich den Ausschlag gegeben“, sagte Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU).

Das Kinderschutzgesetz sollte als eines der letzten Projekte der Großen Koalition vor der Sommerpause verabschiedet werden. Es war ursprünglich als Reaktion auf die zunehmenden Fälle von Kindesmisshandlungen geplant. Vor allem gegen eine Pflicht der Ju-

gendämter zu Hausbesuchen hatten SPD und mehrere Fachverbände Front gemacht. Mit dem Schiffbruch des Gesetzes konnten sich Union und SPD erneut nicht auf eine Reform einigen: Letzte Woche war bereits das Gesetz zur unterirdischen Kohlendioxid-speicherung gescheitert.

Die Koalitionspartner gaben sich gegenseitig die Schuld am Scheitern: „Das Gesetz ist an der Zerrissenheit der SPD gescheitert“, sagte von der Leyen. Mit den Experten der SPD sei man sich weitgehend einig gewesen. SPD-Fraktionsvize Christel Humme sagte unterdessen, die SPD habe von Anfang an Bedenken gegen den Gesetzentwurf von der Leyens gehabt. Ein besserer Kinderschutz werde damit nicht garantiert. Dies hätte auch die Expertenkritik bei der Bundestagsanhörung im Mai gezeigt. In der verbleibenden Zeit sei der Entwurf nicht zu verbessern gewesen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Norbert Röttgen (CDU), warf der SPD

„wahltaktisch begründete Blockadehaltung“ vor. Parteiübergreifend habe Einigkeit darüber bestanden, dass die bedrückenden Fälle von Verwahrlosung und Vernachlässigung von Kindern entschiedener politischer und gesetzlicher Konsequenzen bedürfen: „Es ist unverantwortlich und zynisch, Kinder, die dringend des staatlichen Schutzes bedürfen, im Stich zu lassen.“

Auch die Opposition äußerte sich zum Scheitern des Gesetzes. Nach Ansicht der FDP war dies absehbar. „Gut gemeint ist eben nicht immer gut gemacht“, sagte die jugendpolitische Sprecherin Miriam Gruss. Aus Sicht der Grünen hätten die in der Koalition diskutierten Entwürfe „nahezu keinen Nutzen, dafür aber viel Verwirrung und Verunsicherung für die Kinderschutzpraxis mit sich gebracht“, sagte die Familienpolitikerin der Grünen, Ekin Deligöz. Mit dem Aus sei der Kinderschutzpraxis letztlich ein guter Dienst erwiesen worden. DPA